

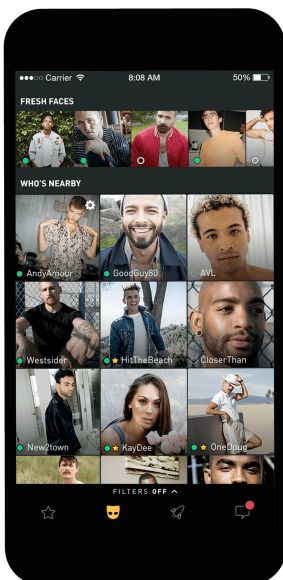
Nackt im Netz

20 Jahre und 2 Milliarden Euro nutzlos verschwendet

Schon wieder geht es um die elektronische Gesundheitskarte. Man kann es eigentlich nicht mehr hören. Nachdem vor wenigen Monaten bereits der Chef der Techniker-Krankenkasse, Jens Baas, das ganze Projekt für gescheitert erklärt hatte, stieß der Vorstandsvorsitzende des AOK-Bundesverbandes, Martin Litsch, vor einer Woche in das selbe Horn: „Seit 20 Jahren wird in dieses System investiert und bislang gibt es keinen Nutzen. Das ganze Vorhaben ist längst überholt.“ Die AOK fordert einen Neustart, nachdem bislang schon zwei Milliarden Euro versenkt worden sind. Aber es empört nicht nur diese ungeheure Verschwendung von Zeit und Geld. Empörend ist auch die jahrelange Irreführung der Versicherten, die elektronische Gesundheitskarte sei sicher und die sensiblen Gesundheitsdaten seien vor jedem unberechtigten Zugriff geschützt. Einen Vorgeschmack auf Methoden und Folgen von skrupellosem und ungeniertem Datenmissbrauch geben die jüngsten Ereignisse rund um eine Dating-App.

Die Dating-App Grindr wird täglich von 3,5 Millionen homosexuellen Menschen in 192 Ländern genutzt. Deren Startbildschirm zeigt die einhundert Fotos von Mitgliedern, die sich räumlich am nächsten zum Nutzer befinden. Ein Klick auf ein Profilbild eröffnet genauere Informationen über das Gegenüber, dessen Entfernung in Metern, eine Selbstbeschreibung, die Ethnie und die sexuellen Vorlieben. Intimere Daten gibt es wohl kaum. Und hat man dann via Smartphone ausgelesen, wo sich der Chatpartner gerade aufhält, so findet zusammen, was

sich zusammenfinden will. Nicht in allen der 192 Länder aber ist Homosexualität unproblematisch: In vielen Ländern werden Homosexuelle geächtet, gejagt, vor Gericht gestellt oder gar getötet. In Ägypten benutzte der Geheimdienst diese App angeblich, um Homosexuelle zu verhaften und wegen Prostitution anzuklagen. Südkorea soll mit dieser App homosexuelle Soldaten geoutet haben. Grindr führte daraufhin in Ländern wie Russ-



land, Ägypten, Saudi-Arabien, Sudan oder Nigeria eine Funktion ein, die anfänglich die Entfernungsangabe versteckt.

So weit, so gut, wenn jetzt nicht der eigentliche Skandal ans Tageslicht gekommen wäre: Grindr gibt sämtliche Daten seiner Mitglieder einschließlich Emailadressen, GPS-Lokalisierungen und Gesundheitsangaben mit den Ergebnissen der HIV-Tests seiner Mitglieder an zwei Datendienste in den USA namens Apptimize und Localytics weiter, angeblich zwecks Nutzeranalyse und Verbesserung der App.

3,5 Millionen Nutzer täglich machen sich gegenüber anderen Nutzern auf eine Weise nackt und bloß, dass sich mir die Nackenhaare aufstellen. Aber diese Nutzer haben zumindest darauf vertraut, dass die Daten die zentralen Server des App-Dienstleisters nicht verlassen, auch wenn Grindr schon vor zwei Jahren an das chinesische Unternehmen Beijing Kunlun Tech verkauft worden ist. Diese Naivität lässt mich am Verstand der Nutzer zweifeln. Aber nun finden sich alle diese sensiblen Daten tatsächlich bei irgendwelchen amerikanischen Softwarefirmen wieder, die weder der Vertraulichkeit noch Datenschutz-Standards verpflichtet sind.

Was hat eine schwule Dating-App mit der elektronischen Gesundheitskarte zu tun? Der ganze Skandal lässt sich Eins zu Eins übersetzen. Die Gesundheitsdaten der ganzen Bevölkerung sind mindestens genauso sensibel wie die einer Dating-App. Die zentralen Server, auf denen unsere Daten gespeichert werden sollen, wären genauso hackeranfällig. Firmen zur Pflege von Soft- und Hardware würde es genauso brauchen, und auch das würden dann Firmen ohne jeden Bezug zum ursprünglichen Auftrag sein, unkontrollierbar.

Wie es jetzt scheint, dringen diese lange bekannten Bedenken und Fakten langsam auch zu den Kreisen der sogenannten Entscheider vor. Die Ärzteschaft hat diesen Wahnsinn schon auf drei Ärztetagen mit großer Mehrheit abgelehnt. Die Krankenkassen sind jetzt endlich auch so weit.

Nun ist die Politik am Zug. Nach einer stillen Beerdigung der elektronischen Gesundheitskarte könnte man das Eisen schmieden, solange es heiß ist. Ein Neustart nach einer derartigen Pleite lässt hoffen. Hoffen auf Sachverstand statt Lobbyismus, hoffen auf den Vorrang der Medizin und des Gesundheitswesens vor den Interessen der Gesundheitswirtschaft und von Elektronikfirmen.